

Starkenburger Echo 14. Februar 2011

Wahlkampf mit unbequemen Wahrheiten

Vortrag: Grünen-Landesvorsitzender Tarek Al-Wazir spricht in Bensheim zur Basis - Verweis auf Ägypten BENSHEIM.

Selbstbewusst, aber nicht überheblich sollen die hessischen Grünen den Kommunalwahlkampf bestreiten. Mit dieser Empfehlung schloss der Grünen-Landesvorsitzende Tarek Al-Wazir in Bensheim seine Rede vor den Parteifreunden aus dem Kreis Bergstraße. Den Wahlkampf sollten die Grünen dazu nutzen, mit den Bürgern ins Gespräch zu kommen. „Sagt den Leuten nicht, mit uns wird alles gut, aber sagt ihnen, dass mit uns vieles besser wird“, so der Rat des Landesvorsitzenden an die Basis. Die guten Werte in den Meinungsumfragen zeigten, dass die Bürger den Grünen vertrauen. „Sie wissen, dass wir uns Gedanken machen und auch Dinge vorschlagen, die nicht populär sind“. Es war klar, dass Al-Wazir als Hesse mit arabischen Wurzeln wenige Stunden nach dem Rücktritt des ägyptischen Staatspräsidenten Husni Mubarak auf dieses historische Ereignis eingehen würde. Er verglich den Volksaufstand mit den Ereignissen von 1989, als in Europa der Eisener Vorhang fiel. Die Rolle des ägyptischen Vizepräsidenten Omar Suleiman vergleicht Al-Wazir mit der von Egon Krenz, der nach dem Rücktritt von Erich Honecker kurz vor dem Ende des SED-Regimes in der DDR vorübergehend an der Macht war. „Die spannende Frage ist, was jetzt passiert“, sagte Al-Wazir. Das ägyptische Volk habe - wie damals die Menschen in Osteuropa - gespürt, wie kraftvoll friedlicher Protest sein kann. Von Kairo kam Al-Wazir zurück auf die politische Kultur in Deutschland. Er hofft, dass bei den Kommunalwahlen am 27. März die Beteiligung höher ist als vor fünf Jahren. Damals machten im Kreis Bergstraße nur 42 Prozent der Wähler von ihrem Wahlrecht gebrauch. In Ägypten hätten mindestens 300 Menschen ihr Leben verloren, unter anderem deshalb, weil sie freie Wahlen forderten.

Al-Wazir erläuterte seinen Anhängern in Bensheim, welche Wirkungen die Grünen von einer Schuldenbremse erwarten. Zur Wahrheit im Wahlkampf gehöre das Bekenntnis der Grünen, dass die Schuldenberge nicht allein mit einem Sparprogramm abgetragen werden können. „Eine Vermögensabgabe muss sein“, sagte Al-Wazir.

Was speziell die Verschuldung der Städte und Gemeinden betrifft fügte der Landesvorsitzende hinzu: „Es muss eine faire Lastenverteilung geben. Wir brauchen einen anderen Umgang des Landes mit den Kommunen“.

In der mehrfach vom Beifall der 70 Zuhörer unterbrochenen Rede verwies Al-Wazir auf die Errungenschaften, die mit grüner Regierungsbeteiligung in der Energiepolitik erreicht worden seien. Mit der Energiewende seien bereits 380 000 Arbeitsplätze geschaffen worden. Ähnlich wie der Landesvorsitzende hatte zuvor der Kreissprecher Jochen Ruoff die Wahlkampfstrategie beschrieben. Ruoff ist Mitglied des Landesvorstandes der hessischen Grünen. Er trat Vermutungen entgegen, die Bergsträßer Grünen strebten im Kreistag eine Koalition mit der CDU an: „Solange die CDU festhält an der veralteten Technologie Atomkraft, trennen uns Welten.“

Ruoff warf der CDU in der Finanzpolitik ein „doppeltes Spiel“ vor. Als Regierungspartei auf allen politischen Ebenen und mit Abgeordneten, die sowohl dem Landtag, als auch dem Kreistag

angehören, sei die Klage über die ungerechte Verteilung finanzieller Lasten Heuchelei. Doris Sterzelmaier, Spitzenkandidatin der Bensheimer Grünen für die Wahl zur Stadtverordnetenversammlung, verwies auf die Erfolge, die die Grüne Liste dort seit 2001 in der Koalition mit der CDU errungen habe. Die Grünen hätten sich als verlässlicher Koalitionspartner erwiesen. Bensheim habe sich zu einer sozialen und ökologisch ausgerichteten Stadt entwickelt. In allen Politikfeldern sei der Einfluss der Grünen zu erkennen. Unter diesen Gesichtspunkten solle auch der Hessentag 2014 mit dem Motto „Klimaneutrale und vernetzte Stadt“ vorbereitet werden. Grünen-Sprecher Thilo Figaj sagte, die Bergsträßer Grünen seien gut für den Wahlkampf gerüstet. Steigende Mitgliederzahlen und die neuen Ortsverbände in Birkenau, Neckarsteinach und Bürstadt zeigten das Interesse an grüner Politik.